

Über die Rechtsaufsichtsbehörde  
und das Regierungspräsidium  
an das Sächsische Staatsministerium  
der Finanzen  
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort, den  
Fernsprecher  
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

## **Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung**

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 FAG**
- zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 FAG**
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 2 FAG**

### **I. Antragsteller**

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

### **II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht**

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes .....
- des Nachtragshaushaltsplanes .....
- der Jahresrechnung .....

am .....

a) Allgemeine Kennziffern

	TEUR	EUR/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- u. Beteiligungsgesellschaften <sup>1</sup>		***
	TEUR	EUR/Einwohner
4. Schuldenstand zum   a) Antragsstichtag		
b) 31. Dezember des Jahres, in dem		
der Fehlbetrag entstanden ist		
(ohne Kassenkredite)		
Kassenkredite zum   c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

- 1. Grundsteuer A in Prozent                   .....
- 2. Grundsteuer B in Prozent                 .....
- 3. Gewerbesteuer in Prozent                .....

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

	Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001,002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte, und ähnliches	10-15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzausweisungen	041		
Kreisumlage <sup>2</sup>	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299./899		

<sup>1</sup> Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf

<sup>2</sup> nur Landratsämter

	Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
4. kalkulatorische Abschreibungen	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970 - 977 990		

### III. Kosten eines Gutachtens

- a) Kosten des Gutachtens laut Angebot ..... EUR
- b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin ...../.....

**IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung:** ..... EUR

**V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept** gemäß Anlage .....:

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: ..... EUR
2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: ..... EUR

**VI. Höhe der beantragten Zuweisung:** ..... EUR

**VII. Fördermittel für kommunale Investitionen** (ohne Kredite) - Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt ..... EUR
2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) ..... EUR
3. In Anspruch genommene Fördermittel ..... EUR

### VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes

(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung)

**IX. Begründung des Antrages** einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von 3 Jahren)

**X. Sonstige Erläuterungen**

**XI. Erklärung des Antragstellers**

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

-----  
Ort, Datum, Siegel, Unterschrift